

### Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.  
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd  
Bürgerinitiative Bensberg-Südwest  
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“  
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“  
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst  
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“  
Bürgerinitiative Frankenforst West  
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraath  
Siedlergemeinschaft Lückeraath  
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen von Bergisch Gladbach 51427 Parkstr. 40

Frau Ministerpräsidentin  
Hannelore Kraft - **Persönlich** -  
Stadttor 1

40190 Düsseldorf

7. Mai 2012

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

**NRW im Herzen** – ein guter, eingängiger Werbeslogan. Aber haben Sie auch Ihre Landesregierung, die Arbeitsweise der Ministerien im Herzen?

Am Beispiel von Bergisch Gladbach sind Zweifel berechtigt. Dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr liegen seit vielen Jahren Hinweise vor (zuletzt am 26.9.11), dass es sich bei der von der Stadt Bergisch Gladbach beantragten Landesstraße tatsächlich nur um eine innerstädtische, genauer gesagt, um eine Privatstraße für ein Unternehmen handelt.

Um die Finanzierung mit Landesmitteln zu erreichen, wurde die Straße fiktiv bis zur vorhandenen Landesstraße verlängert, Ortsumgehung genannt, durch drei verschiedene nach unten gedrückte Kostenplanungen und durch Teilung der Trasse in ein günstiges Nutzen-/Kostenverhältnis gebracht.

Um es ganz deutlich auszudrücken, diese „Landesstraße“ ist nur durch Täuschung und Manipulation in die Landesstraßenbedarfsplanung gelangt.

Tausende von Unterschriften, Riesen-Prottestveranstaltung, Stimmenverluste und abgewählte Bürgermeister – deutlicher können Bürger und Bürgerinnen ihre Ablehnung dieser unseriösen Planung nicht zum Ausdruck bringen.

Auf unsere letzte Eingabe an Herrn Minister Voigtsberger vom 26.9.11 mit allen Nachweisen und Belegen erhielten wir vor wenigen Tagen nach sieben Monaten (!) die anhängende Nachricht, die man getrost als Bürgerverdummung bezeichnen kann.

Ein Straßenbauvorhaben, das auf Täuschung basiert, geltendes Landesrecht verletzt und schon in der Vorplanung Steuermittel verschwendet für Gutachten, die – weil nicht passend – missachtet werden, lässt nicht nur Fragen nach dem „Warum“ aufkommen, sondern auch nach der Aufsicht.

**NRW im Herzen**, haben Sie das wirklich?

Mit freundlichen Grüßen  
**Die ELF** Bürgerinitiativen

*gez. Liane Schneider*

Liane Schneider  
Sprecherin

**Anlagen:** Schreiben an Min. Voigtsberger v. 26.9.11  
Antwort des Ministeriums v. 19.4.12